

sprache *im* kontext

Herausgegeben von Ruth Wodak und Martin Stegu

Band 20



PETER LANG

Frankfurt am Main · Berlin · Bern · Bruxelles · New York · Oxford · Wien

*Helmut Gruber/Florian Menz/Oswald Panagl
(Hrsg.)*

Sprache und politischer Wandel



PETER LANG

Europäischer Verlag der Wissenschaften

2003

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über <<http://dnb.ddb.de>> abrufbar.

Gedruckt mit Förderung des Bundesministeriums
für Bildung, Wissenschaft und Kultur in Wien
und der Österreichischen Forschungsgemeinschaft.

Umschlaggestaltung:
Andréas Gloger

Gedruckt auf alterungsbeständigem,
säurefreiem Papier.

ISSN 0948-1354
ISBN 3-631-51021-7
© Peter Lang GmbH
Europäischer Verlag der Wissenschaften
Frankfurt am Main 2003
Alle Rechte vorbehalten.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich
geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des
Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages
unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für
Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die
Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Printed in Germany 1 2 4 5 6 7

www.peterlang.de

INHALT

<i>Helmut Gruber, Oswald Panagl, Florian Menz:</i> Einleitung	7
<i>Emil Brix:</i> Die Rolle von Geschichte im politischen Wandel Mitteleuropas	13
<i>Peter Gerlich:</i> Aspekte des politischen Wandels	23
<i>Christoph Reinprecht:</i> Gesellschaftlicher und politischer Wandel in Mitteleuropa: Trends und Konfliktlinien	35
<i>Ranko Bugarski:</i> Sprachenpolitik in den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien	51
<i>Martin Wengeler:</i> „Spaltung“, „Anerkennung“ und „Wiedervereinigung“. Die „deutsche Frage“ im politischen Diskurs der Bundesrepublik	71
<i>Karin Birkner:</i> Hegemoniale Kämpfe oder Wissenstransfer? Ost- und Westdeutsche im Bewerbungsgespräch	89
<i>Gerd Antos:</i> Inszenierte Sprachlosigkeit. Strategien der interaktiven Erzeugung von verbaler Unterlegenheit in der Kommunikation zwischen West- und Ostdeutschen	113
<i>Angelika Brechelmacher:</i> Österreichs Politik auf der Suche nach europäischer Identität. Eine Analyse des politischen und medialen Diskurses zur Entwicklung und Akzeptanz von „europäischer Identität“ zur Zeit des österreichischen Ratsvorsitzes	131
<i>Karin Liebhart:</i> Österreichische Selbstbilder und der Blick auf die mitteleuropäischen Nachbarn nach „1989“	151

DIALOGISCHE NETZWERKE UND POLITISCHE ARGUMENTATION IM MEDIENDISKURS

1. EINLEITUNG

Massenmediale Texte werden selten als dialogische Strukturen untersucht. Lena Jayyusi beispielsweise, schreibt das Folgende:

“one of the salient features of media texts is that they are addressed, not to a specific person or sets of persons with known properties, relevancies and beliefs, but rather to a ‘public at large’ which could include a general distribution of professional affiliations, political and religious beliefs, skills and ‘knowledge’ of substantive matters, interests, and experiences.”

Und sie setzt fort:

“a second salient feature of media texts is that they are not dialogic: responses, problems, corrections, clarifications cannot be produced spatio-temporally to coincide with the text or with each other as in an ordinary conversation.” (Jayyusi 1991).

Neuere Studien (Clayman / Heritage, 2002; Greatbatch, 1998; Holly, 1995; Hutchby, 1995) ergaben allerdings, dass Massenmedien ihre eigene Art von Dialogizität haben; um dieses Phänomen zu erfassen, haben wir das Konzept des „dialogischen Netzwerks“ entwickelt (vgl. z.B. Nekvapil / Leudar, 1998). Dieses Konzept kann vorläufig folgendermaßen definiert werden: Politiker und andere Personen, die über ein Thema in den Medien sprechen, sprechen häufig andere, nicht anwesende Personen an. Die Medien sind insofern vernetzt, als Zeitungen berichten, was im Radio oder Fernsehen gesagt wurde, und Personen, die „auf Sendung“ sind, sich auf diese Zeitungsberichte beziehen. Sowohl politische Ereignisse als auch Berichte darüber werden dadurch oft multipliziert und machen es wahrscheinlicher, dass politische Herausforderungen, die in den Medien formuliert werden, wahrgenommen werden und dass auf sie geantwortet wird. In dialogischen Netzwerken „even opponents who do not wish to be seen meeting face to face can argue in public“ (Leudar / Nekvapil, 1998: 44). Das Konzept der „dialogischen Netzwerke“ betont den prinzipiell intertextuellen Charakter medialen Sprechens. Manchmal nehmen die Teilnehmer dabei an zwei „Gesprä-

chen“ gleichzeitig teil – mit den Anwesenden und den Abwesenden. Das Konzept kann auch erklären, wie Journalisten ihre Artikel schreiben – die Situation, in deren Rahmen sie Ereignisse beschreiben, muss dabei als Relevanzsystem der Teilnehmenden verstanden werden. Selbstverständlich ist der Ausdruck „Netzwerk“ nicht neu und in der jüngeren Vergangenheit in einer Reihe von Disziplinen verwendet worden. Er kommt in der „actor network theory“ (Law / Hassard, 1999) und anderswo in der Soziologie (z.B. Fisher, 1982) ebenso vor wie in der Literaturwissenschaft (Kittler, 1990), den Kognitions- und Computerwissenschaften und der Psychologie (Bechtel, 1991). Das herausragende Merkmal dialogischer Netzwerke ist, dass sie nicht Modelle von etwas „Unsichtbarem“ sind, sondern ein Werkzeug, das die Aufmerksamkeit der Analysierenden auf die dialogischen Eigenschaften von Medientexten und ihren distribuierten Charakter richtet. Daraus folgt, dass die Elemente und deren Verbindungen in dialogischen Netzwerken immer konkrete soziale Ereignisse sind.

Beispiel 1 präsentiert ein entstehendes dialogisches Netzwerk, das im Detail in Nekvapil / Leudar (1998) analysiert wird.

(1) „Stoppt die Sudetendeutschen“ (Svobodné Slovo 13/1/1993)

Prag (fra) – Der Vorsitzende der Tschechoslowakischen Sozialistischen Partei L. Dvořák begrüßte die *Stellungnahme* des tschechischen Premierministers V. Klaus, dass seine Regierung nicht vorhabe, über weitere Restitutionsforderungen der Sudetendeutschen zu verhandeln. Er *sagte*, dass die TSP die Frage der Aussiedlung der Sudetendeutschen für gelöst halte. Er *charakterisierte* die Spekulationen über mögliche Terrorakte an der Grenze, die in der Fernsehdebatte am Sonntag vom Vorsitzenden der jüngst gegründeten Demokratischen Partei des Sudetenlandes *erwähnt* worden waren, als vollkommen bodenlos.

In der gestrigen Pressekonferenz wurde auch der Gesetzesvorschlag über die Restitution von Kirchengut diskutiert. (Hervorhebungen durch die Autoren)¹

Der Journalist hat zwar unseren Begriff des „Netzwerks“ nicht verwendet, aber er präsentierte die Ereignisse als dialogische Begebenheiten, indem er Verben der Kommunikation verwendete, um individuelle Handlungen zu repräsentieren und sie paarweise zu organisieren (z.B. Behauptung – Bewertung; Forderung – Zurückweisung). Nimmt man die Ereignisse in ihrer temporalen Ordnung, dann stellten die „Sudetendeutschen“, „Forderungen“, die Klaus zurück wies. Dvořák „begrüßte“ diese Zurückweisung und „charakterisierte“ das Sprechen über terroristische Gewalt als „bodenlose Spekulationen“. All diese Ereignisse geschahen allerdings nicht in derselben Situation und zur gleichen Zeit – Dvořák nahm bei

¹ Die Beispiele werden nur in deutscher Übersetzung präsentiert. Die Analysen basieren jedoch durchgehend auf den tschechischen oder englischen Originalen. Zur generellen Situation der tschechischen Zeitungen vgl. NEKVAPIL (1996).

einer Pressekonferenz Stellung, „die Spekulationen“ ereigneten sich in einer Fernsehdebatte, und die anderen Ereignisse fanden überhaupt wo anders statt. Es ist dabei zu beachten, dass die tatsächlichen Orte und Zeitpunkte dieser Ereignisse nicht relevant sind – der Journalist bringt jene Handlungen in eine Reihenfolge, die dialogisch kontingent sind. Er tut das allerdings nicht nach seinem Belieben, sondern nach den von den Politikern offensichtlich gemachten und verbalisierten Relevanzsetzungen. Für den Journalisten ist relevant, wer auf wen, wie und warum reagierte; nicht notwendigerweise von Relevanz ist dabei, ob diese Interaktionen direkt waren oder nicht. Zwei wichtige Dinge sind dabei zu beachten. Zum einen betont der Journalist die Relevanzen, die zwischen den Ereignissen bestehen und präsentiert sie so als kohärente soziale Vorgänge. Zum anderen ist es der Journalist, der öffentlich dialogische Ereignisse reproduziert und dadurch ihre Reichweite und möglicherweise ihre Auswirkungen vergrößert.

Beispiel 2 dokumentiert den intertextuellen Charakter eines anderen Medienformats, nämlich des Fernsehinterviews, in diesem Fall eines Interviews, das im Jahr 1995 von der britischen Fernsehstation ITV ausgestrahlt wurde (vgl. Leudar, 1998). Die beiden Sprecher im Fernsehstudio richteten ihre Äußerungen nicht nur an ihr jeweiliges Gegenüber oder an die Zuschauer, sondern auch an andere „draußen“. Indem er zu McGuinness spricht, macht Dimpleby, der TV Moderator, relevant, was der Minister von McGuinness wissen will. McGuinness seinerseits beantwortet nicht nur Dimplebys Frage sondern spricht ebenfalls den Minister an, der allerdings nicht im Studio anwesend ist. Darüber hinaus spricht McGuinness nicht nur für sich selbst, sondern für eine Gruppe.

(2) McGuinness & Dimpleby (ITV 12/3/1995)

D: ähm (..) Mr. McGuinness ich möchte Ihre Ernsthaftigkeit (..) in Bezug auf den Friedensprozess testen (..) bevor er direkte Gespräche mit Ihnen aufnimmt (..) will (..) der Minister, dass Sie klar machen (..) dass Sie ihm Sicherheiten geben (..) über (..) ihre Ernsthaftigkeit (..) darüber Waffen (..) los zu werden. können Sie ihm solche Sicherheiten geben? (..)

McG: Also, die Position von Sinn Fein ist ziemlich klar and ist schon seit einiger Zeit klar. (..) unser Projekt ist es die Gewehre alle Gewehre (..) britische und irische (..) aus der iischen Po – irischen Politik herauszunehmen, das ist es was wir wollen. (..) und was die Leute erkennen und verstehen müssen (..) ist dass Sinn Fein in diesen Prozess involviert ist (..) in diesen Prozess schon seit einiger Zeit involviert ist und nicht erst seit dem Beginn des Waffenstillstands (..) sondern seit vielen Jahren vorher (..) (Hervorhebungen durch die Autoren)

Sowohl in Fernsehdebatten wie auch in Zeitungen können wir damit Beispiele für eine klare Orientierung an dem finden, was wir ein „Netzwerk“ nennen – im Studio sprechen die Teilnehmer nicht nur mit ihrem jeweiligen Gesprächspart-

ner, sondern richten sich auch an andere, die außerhalb sind; in den Printmedien schafft der Journalist ein Netzwerk als kohärentes Ganzes, und indem er das im öffentlichen Raum tut, ermöglicht er, dass sich das Netzwerk weiterentwickelt. Im nächsten Abschnitt bringen wir ein Beispiel, das zeigt, wie das Konzept des dialogischen Netzwerks verwendet werden kann, um den Fluss des Mediendiskurses über eine längere Zeitspanne zu analysieren.

2. DAS ROMA-NETZWERK

Eine detaillierte Analyse dieses dialogischen Netzwerks ist in Nekvapil / Leudar (2002a) zugänglich. Im gegenwärtigen Rahmen präsentieren wir nur jenen Teil des Netzwerks, der in Zeitungsartikeln erschien. Zusätzlich wählen wir nur Artikel aus dem Zeitraum zwischen dem 6. Jänner 1993 und dem 8. Jänner 1993 aus. Im Folgenden das erste Beispiel:

(3) „Das Büro des Staatsanwalts schlägt ein Sondermigrationsgesetz vor“ (Českomoravské zemědělské noviny 6/1/1993)

Prag (sot) – Das vorgeschlagene Gesetz, das die außerordentlichen Maßnahmen zum Schutz der öffentlichen Ordnung betrifft und auf die nicht zu bewältigende Situation reagiert, die in einigen Gemeinden durch die große Konzentration von Roma-Einwohnern hervorgerufen wurde, wurde vom Büro des Oberstaatsanwalts der ČR (Tschechische Republik) vorbereitet und in den letzten Tagen dem Parlament der ČR vorgelegt. Aufgrund der Initiative des Innenministers würde das Gesetz, das auf gesetzwidrige Verordnungen von Stadtverwaltungen in Jirkov und Ústí nad Labem reagiert, von der tschechischen Regierung in konkreten Gemeinden und mit begrenzter Anwendungsdauer erlassen werden. Während einer solchen Periode müssten Wohnungsbesitzer bei einer Meldebehörde um eine Erlaubnis für ihre Besucher (mit Ausnahme von direkten Verwandten) ansuchen. In diesen Fällen dürfte die Aufenthaltsdauer fünf Tage nicht überschreiten und darüber hinaus müsste jeder Besucher zehn Kronen pro Tag bezahlen. Im Falle der Nichtbezahlung wären die illegalen Bewohner (wörtl. „Schwarzsiedler“ im Original) von einer hohen Geldstrafe oder einer unbedingten Haftstrafe bedroht. Nach dem Gesetz wäre die Aufnahme von Untermietern ebenfalls von der Zustimmung der Gemeinde- oder Stadtbehörden abhängig. Im Interview mit ČMZN wies der stellvertretende Oberstaatsanwalt J. Patočka die Ansicht zurück, dass der Gesetzesvorschlag im Widerspruch zur Menschenrechtsdeklaration stünde. „Der Einsatz außergewöhnlicher Maßnahmen während eines außergewöhnlichen Ereignisses ist üblich und die Menschenrechtsdeklaration erlaubt das“, sagte er und nannte das Gesetz der ČR zur Feuerkontrolle als Beispiel.

Der Artikel beginnt mit einem Bericht darüber, dass das Büro des Oberstaatsanwalts dem tschechischen Parlament ein Gesetz *vorgeschlagen* hat. Die Kontextualisierung des Vorschlags ist komplex. Der Journalist bezieht ihn auf die Situation in einigen Städten und die Aktionen der lokalen Verwaltungen, diese zu lösen. Das vorgeschlagene Gesetz wird als „Migrationsgesetz“ bezeichnet, da es durch die Einschränkung der Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit „die nicht zu bewältigende Situation ...“, die in einigen Städten durch die große Konzentration von Roma-Einwohnern hervorgerufen wurde“ lösen würde.

Der Autor des Artikels informiert die Leser über den Gesetzesinhalt, vermeidet aber eine eigene Wertung. Stattdessen berichtet er über die Wertung anderer, nicht benannter Akteure nach deren Einschätzung das Gesetz die Menschenrechte verletze. Der Journalist berichtet dann über eine Reaktion auf diese Bewertung durch einen Repräsentanten jener Behörde, die das Gesetz vorgeschlagen hatte. Dadurch stellt er eine „Bewertungs-/Zurückweisungssequenz“ her, die allerdings nicht in einem direkten Gespräch stattfand, sondern in Raum und Zeit verteilt war. Beachtenswert ist, dass der Autor der ursprünglichen Bewertung nicht genannt wird: es könnte sich dabei zum Beispiel um einen Parlamentsabgeordneten, einen Roma-Aktivisten oder sonst jemanden, der Zugang zu den Medien hat, gehandelt haben. Tatsächlich könnte der stellvertretende Oberstaatsanwalt auch zu einer allgemein geäußerten Reaktion Stellung genommen haben – wie wir an anderer Stelle gezeigt haben, ist es nicht immer einfach festzustellen, auf wen ein Teilnehmer reagiert (Nekvapil / Leudar, im Druck). Oft gibt es kein einzelnes Antezedens eines zweiten Teils einer Nachbarschaftsstruktur.

Die Zurückweisung der Bewertung durch den stellvertretenden Oberstaatsanwalt wird in indirekter Rede berichtet, aber die argumentative Stützung wird wörtlich wiedergegeben. Der Vergleich, den er verwendet, resultiert in einer Gruppierung, die zwei außergewöhnliche Vorfälle umfasst: „ein Feuer“ und „die große Konzentration von Roma-Einwohnern“. Der Artikel präsentiert daher die Roma als eine Quelle der Störung der öffentlichen Ordnung und zwar durch die Stimme eines offiziellen Vertreters des Staates. Was kann man über den Standpunkt des Journalisten sagen? Wir haben gesehen, dass er keine eigene Einschätzung des Gesetzes abgab, aber wie sieht es mit seiner Beurteilung jenes Problems aus, das das Gesetz motiviert hat? Das Problem für ihn ist die Konzentration von Roma und nicht zum Beispiel die Reaktion der Tschechen darauf. Dadurch, dass er das aus einer Erzählerperspektive – ohne Kommentar oder Zuschreibung dieser Ansicht zu irgendeiner Quelle – berichtet, präsentiert er diese Sicht als etwas, worüber ein genereller Konsens besteht. Die Bedeutung, wonach die Anwesenheit von Roma ein Problem darstellt, bleibt ungesagt, ist aber implizit in den Aktivitäten, die an die Kategorie „Roma“ gebunden sind, vorhanden (vgl. Leudar / Nekvapil, 2000).

Der letzte wichtige Punkt der zur Zurückweisung durch den stellvertretenden Oberstaatsanwalt angemerkt werden muss, ist, dass sie nicht spontan abgegeben wurde – sie wurde durch die Zeitung elizitiert. Mit anderen Worten beschreibt die Zeitung nicht nur die Zurückweisung, sie ist auch an ihr beteiligt. Wir können also sehen, dass der Artikel in (3) die Kette der folgenden dialogischen Ereignisse sowohl rekonstruiert wie auch konstruiert:

- die Handlungen der Stadtverwaltungen in Jirkov und Ústí nad Labem,
- die Reaktionen auf ihre Verordnungen durch das Büro des Oberstaatsanwalts,
- die kritische Beurteilung dieses Vorschlags durch einen unbekannten Akteur (oder Akteure) und schließlich
- die Zurückweisung dieser Beurteilung durch den stellvertretenden Oberstaatsanwalt.

Warum hat diese Kette von Ereignissen nicht mit den Handlungen der Stadtverwaltungen in Jirkov und Ústí nad Labem oder mit der Reaktion des Büros des Oberstaatsanwalts darauf geendet? Ein Grund ist der kontroversielle gesetzliche Status der lokalen Verordnungen (waren sie legal oder illegal, richtig oder falsch?), darüber hinaus gibt es noch den kontroversiellen Status des vorgeschlagenen Gesetzes selbst (verstieß es gegen die Menschenrechtskonvention?). Ebenso ist jedoch klar, dass sich das Netzwerk nicht ohne die Medien entwickelt hätte. Der Artikel zeigt, dass der Journalist eine aktive Rolle bei der Entstehung des Netzwerks spielte. Er fasste nicht nur die Reaktionen anderer auf ein Ereignis zusammen, sondern interviewte auch in Eigeninitiative den stellvertretenden Oberstaatsanwalt und veröffentlichte seine Stellungnahme. Der Artikel selbst ist damit ein eigenständiges dialogisches Ereignis im Netzwerk.

War *Českomoravské zemědělské noviny* die einzige Zeitung, die zu diesem Zeitpunkt an dem Netzwerk beteiligt war? Klarerweise nicht – an diesem Tag wurden die Ereignisse in vielen tschechischen überregionalen Zeitungen berichtet und das „Migrationsgesetz“ wurde ein politisches Problem. Einige Zeitungen benannten die Kritiker des vorgeschlagenen Gesetzes, zum Beispiel die folgenden:

(4) Der Vorschlag des Staatsanwalts. Offener Rassismus (Lidové Noviny 6/1/1993)

Prag (jis) – Der Vorsitzende des Verfassungsausschusses des Abgeordnetenhauses des tschechischen Parlaments M. Výborný (KDU-ČSL) [Tschechoslowakische christdemokratische Partei] charakterisierte die vom Oberstaatsanwalt der ČR gewählte Wortwahl im Gesetzesvorschlag über außergewöhnliche Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung als aufrührerisch. „Es enthält mehr Fehler als Paragraphen“, sagte Výborný über das vorgeschlagene Gesetz. Seiner Meinung nach ist der Teil des Vorschlags, in dem ein Zusammenhang zwischen dem Bedarf für die Einführung des Gesetzes und der hohen Konzentration von Roma hergestellt wird, ein offener Ausdruck von Rassismus. M. Výborný sagte darüber hinaus,

dass diese Art von Gesetz nicht notwendig sei, und betonte die Tatsache, dass es viele legale Normen aus dem Straf- und Zivilgesetz gäbe, die die Probleme lösen könnten.

Der Kritiker ist der Vorsitzende des Verfassungsausschusses des tschechischen Parlaments; seiner Meinung nach ist das Gesetz fehlerhaft und aufrührerisch, es ist rassistisch. Der Journalist beschreibt den näheren Zusammenhang nicht, in dem M. Výborný seine Kritik äußerte (war es im Parlament, auf einer Pressekonferenz, in einem Gespräch mit Journalisten?) – der relevante Kontext ist einfach, dass er speziell auf den Vorschlag des Oberstaatsanwalts reagiert. Der Journalist präsentiert dem Leser dann eine Vorschlags-/Zurückweisungssequenz.

Das Prädikat „rassistisch“, das dem Gesetz zugeschrieben wird, wird durch den Journalisten mit der Schlagzeile „offener Rassismus“ betont; dieselbe Beurteilung erschien in der Schlagzeile eines anderen Artikels, der am selben Tag in der tschechischen Tageszeitung *Mladá fronta Dnes* erschien. Die Frage, ob das Gesetz tatsächlich rassistisch war, wurde nun ein Problem, das die Entwicklung des Netzwerks mit weiteren Artikeln vorantrieb, die Reaktionen auf Výbornýs Einschätzung berichteten, zum Beispiel mit dem Folgenden:

(5) Jiří Šetina verteidigt seinen Gesetzesentwurf. Eine gut gemeinte Provokation (Lidové Noviny 7/1/1993)

PRAG (jiš) – Der Gesetzesentwurf, den Oberstaatsanwalt J. Šetina an das Abgeordnetenhaus schickte, wurde gestern vom Vorsitzenden des Verfassungsausschusses M. Výborný (KDU-ČSL) und auch vom Vorsitzenden des Sicherheitsausschusses V. Šuman (ODA) als unakzeptabel zurückgewiesen.

Nach dem gestrigen Treffen zwischen dem Oberstaatsanwalt und Abgeordneten und dem Vorsitzenden des Abgeordnetenhauses verneinte J. Šetina, dass der Gesetzesentwurf als rassistisch bezeichnet werden könnte. M. Výborný andererseits zitierte einige Sätze aus dem Text, die nach seinen Worten Ausdruck von Rassenhass seien.

„Wir betrachten die Situation in Nordwestböhmen als explosiv, gefährlich und ich persönlich betrachte sie als außergewöhnlich“, sagte J. Šetina und fügte hinzu, dass der Gesetzesentwurf als eine Initiative intendiert war, die ein Arbeitsmodell des Gesetzes vorlegt. Er sagte auch, die gesetzwidrigen Verordnungen in einigen Städten und Gemeinden, die durch die Migration von Roma Bewohnern bedroht sind, sind „eine gut gemeinte Provokation“.

Das vorgeschlagene Gesetz ist nun von zwei führenden Politikern zurückgewiesen worden – den Vorsitzenden des Verfassungs- und des Sicherheitsausschusses. Der Leser erfährt nichts über die Umstände der Ablehnungen – solche Details sind irrelevant. Der wichtige Punkt ist, dass die Ablehnung nicht nur lokal, sondern doppelt und verteilt auftritt, der Journalist die Ablehnungen aber an einem Ort versammelt.

Der Titel und der Text als Ganzes zeigen, dass die Nachbarschaftspaarstruktur „Vorschlag – Zurückweisung“ nun durch einen dritten Teil erweitert wird, den wir – gemeinsam mit dem Journalisten – als die „Verteidigung des Vorschlags“ charakterisieren würden. Die Verteidigung erfolgt nun durch den Oberstaatsanwalt selbst und nicht durch seinen Stellvertreter. Warum nimmt er nun am Netzwerk teil? Sein Büro ist zum Ziel der Kritik geworden und der Gesetzesentwurf wurde von den relevanten Politikern angegriffen.

Am nächsten Tag, dem 8.1.1993, druckt die überregionale tschechische Tageszeitung *Rudé Právo* ein langes Interview mit dem Oberstaatsanwalt ab, das die Seite über die Innenpolitik dominiert. Die Überschrift des Texts lautet, wörtlich übersetzt, „Mit Jiří Šetina über die außergewöhnlichen Maßnahmen gegen Verbrechen – Er weist die Vorwürfe des Rassismus zurück“. Der Interviewtext ist neben dem Artikel „Der Abgeordnete Body verlangt den Rücktritt von Šetina“ platziert. Der wesentliche Punkt ist, dass Body ein Roma-Abgeordneter im tschechischen Parlament ist (der einzige zu dieser Zeit). Er ist der erste Roma, der in dem dialogischen Netzwerk auftritt.

(6) Mit Jiří Šetina über die außergewöhnlichen Maßnahmen gegen Verbrechen – Er weist die Vorwürfe des Rassismus zurück (Rudé Právo 8/1/1993)

Der Gesetzesvorschlag über außergewöhnliche Maßnahmen zum Schutz der öffentlichen Ordnung wurde bisher noch nicht von den Abgeordneten des tschechischen Parlaments angenommen. Das Büro des Oberstaatsanwalts der ČR reagierte mit diesem Vorschlag auf die öffentlichen Verordnungen kommunaler Vertreter in Jirkov und in einigen anderen Bezirken, wo beschlossen wurde, eigenmächtig gegen unehrliche Elemente, die sich in ihren Wohngebieten versammeln, vorzugehen. Aber, Miloslav Výborný (KDU-ČSL) zum Beispiel, der Vorsitzende des Verfassungsausschusses des Parlaments der ČR, charakterisierte den Entwurf des Gesetzesvorschlags als ‚offen rassistisch‘. Wenn es in die Nähe von Rassismus gerückt oder direkt als rassistisch bezeichnet wurde, dann ist das im besten Fall illoyal von einem Kollegen‘ sagte uns der Oberstaatsanwalt Šetina. ‚Die Verordnung ist allgemein, und niemand sollte dem Büro des Staatsanwalts vorwerfen, dass es gegen die ethnische Gruppe der Roma gerichtet ist. Wenn jemand drei Mal oder vier Mal das kriminelle Delikt des Raubes begeht, dann ist er für mich weder Tscheche noch Slowake, auch nicht einmal zum Beispiel Schweizer, sondern ein gefährlicher Rückfalltäter. Wenn ein großer Teil der Verbrechen von Roma begangen wird, dann ist unter anderem ein soziales Problem involviert, aber das Gesetz erkennt oder bewirkt solche Unterschiede nicht.‘ (2/3 des Interviews weggelassen)

Die erste Hälfte dieses Fragments enthält eine Zusammenfassung des dialogischen Netzwerks: die Reaktion der Parlamentsabgeordneten auf die Handlung des Oberstaatsanwalts, die ihrerseits als Reaktion auf Handlungen kommunaler Vertreter in Jirkov und anderswo präsentiert wird. Die Reaktion des Vorsitzen-

den des Verfassungsausschusses, die wir schon aus dem Artikel in (4) kennen, wird speziell erwähnt. In der *Rudé Právo* charakterisiert sie der Journalist als einen Vorwurf, das ist der erste Teil einer Nachbarschaftspaarsequenz. Šetinas Antwort wird als Zurückweisung bezeichnet, das ist der zweite Teil der Sequenz. Tatsächlich wird die gesamte Sequenz für den Leser in der Schlagzeile präsentiert. Der Staatsanwalt weist den Vorwurf nicht nur zurück, sondern er stützt auch seine Zurückweisung, wobei seine Argumentation von Interesse ist. Er argumentiert, dass das Gesetz nicht rassistisch sei, weil es nicht Roma, sondern Kriminelle betreffe. Der letzte Satz des Arguments ist entlarvend – es ist für den Staatsanwalt weder das Problem, dass die Mehrheit der Verbrechen von Roma begangen wird, noch sind es die sozialen Gründe dieser „Tatsache“. Die Ironie dabei ist allerdings, dass das vorgeschlagene Gesetz selektiv die Handlungen einer spezifischen ethnischen Gruppe kriminalisieren und so selbst potentiell die „Kriminalität“ dieser Gruppe erhöhen würde. Bemerkenswert ist auch, dass die Kriminalität der Roma im Argument des Staatsanwalts vorausgesetzt wird, es ist keine Behauptung, die einer Stützung bedarf. Wir haben an anderer Stelle argumentiert, dass das die Art ist, wie „stereotype“ Prädikate typischerweise verwendet werden (vgl. Leudar / Nekvapil, 2000). Der Staatsanwalt ist hier nahe daran, Roma als Kriminelle zu rekategorisieren.

(7) Der Abgeordnete Body verlangt den Rücktritt von Šetina (Rudé Právo, 8/1/1993)

PRAG (zr) – Der Roma Abgeordnete Ladislav Body forderte den Oberstaatsanwalt der Tschechischen Republik dazu auf zurückzutreten. Grund dafür ist das sogenannte Migrationsgesetz, das der Oberstaatsanwalt Ende letzten Jahres vorgeschlagen hatte. Body betrachtet es ‚als eine grobe Verletzung der verfassungsmäßigen Ordnung‘. Der Gesetzesvorschlag widerspricht der verfassungsmäßigen Ordnung in der ČR, er ist im Widerspruch zur Menschenrechtsdeklaration, und seine Annahme würde dazu führen, dass die Rechte einer der in der ČR lebenden Minderheiten eingeschränkt werden würden, schreibt der Abgeordnete Body in seiner Erklärung vom Donnerstag, die er der Redaktion von Rudé Právo zur Verfügung gestellt hat.

Die Art und Weise, wie Body in das Netzwerk eintritt, hängt natürlich ursächlich mit seiner spezifischen dialogischen und politischen Position zusammen. Wie die Teilnehmer kategorisiert werden, ist bezeichnend: der „Parlamentsabgeordnete“ fordert den „Oberstaatsanwalt“ zum Rücktritt auf. Wäre es ein gewöhnlicher Bürger gewesen, der den Staatsanwalt zum Rücktritt aufgefordert hätte, wäre seine „Presseaussendung“ bestenfalls auf der Leserbriefseite geendet.

Die folgenden dialogischen Ereignisse waren in dem dialogischen Netzwerk, das wir hier untersuchen, insgesamt relevant (für Details vgl. Nekvapil / Leudar, 2002a):

- die Veröffentlichung der Stadtverordnungen in Jirkov und Ústí nad Labem,
- die Vorlage des geplanten Migrationsgesetzes, das vom Büro des Oberstaatsanwalts der Tschechischen Republik vorbereitet worden war, am 28.12.1992,
- das Treffen des Oberstaatsanwalts mit den Mitgliedern und dem Vorsitzenden des Abgeordnetenhauses am 6.1.1993,
- die Pressekonferenz der Roma-Bürgerinitiative (ROI) in Prag am 9.1.1993,
- die Fernsehdebatte vom 10.1.1993,
- individuelle Presseaussendungen führender tschechischer Politiker oder hoher Beamter, die manchmal durch die tschechische Nachrichtenagentur (ČTK) veröffentlicht wurden und in verschiedenen Zeitungen erschienen,
- verschiedene Zeitungsinterviews, Medienberichte und Leitartikel,
- verschiedene Nachrichten von ČTK.

Die Heterogenität dieser „Ereignisse“ ist ein grundlegendes Merkmal dialogischer Netzwerke. Es handelt sich dabei um kommunikative Ereignisse, die durch Massenmedien verbreitet werden, durch sie zugänglich sind und vermittelt werden. Die Beteiligung der Medien kann selbstverständlich unterschiedliche Formen annehmen, wie zum Beispiel die Form

- eines Berichts über ein dialogisches Ereignis, das nicht in den Medien stattfand oder
- eines Berichts über ein von den Medien für die Medien organisierten Ereignisses (z.B. eine Pressekonferenz),
- eines Zeitungsartikels, der verschiedene dialogische Ereignisse in einem Text versammelt oder einfach
- der Veröffentlichung einer politischen Erklärung.

Austin (1962) argumentiert, dass Beschreibungen ebenso Performative sind wie andere Sprechakte. In diesem Sinne beschreiben Zeitungen nicht nur einfach, was in emergenten Netzwerken passiert, sondern sie spielen eine performative Rolle, mit anderen Worten, sie „tun etwas“. Die Beteiligung der Massenmedien ist für das Entstehen eines dialogischen Netzwerks eine notwendige wenn auch keine hinreichende Bedingung, wie die Analyse zeigen wird. Im nächsten Abschnitt geben wir eine Übersicht über jene Strukturen, die den Zusammenhang von Netzwerken sicherstellen.

3. SEQUENTIELLE STRUKTUREN DIALOGISCHER NETZWERKE

Die Betonung des dialogischen Charakters von Netzwerken legt nahe, dass ihr Zusammenhang durch ähnliche Mechanismen hergestellt wird, wie sie in gewöhnlichen, direkten Gesprächen gefunden werden können, und tatsächlich gibt es einige Ähnlichkeiten. In beiden Fällen treten gleichartige dialogische Sequenzen auf, die aber aufgrund der Medieninteraktion wichtige Unterschiede zeigen. Wir werden das im Folgenden durch die Analyse verschiedener Nachbarschafts-paarstrukturen zeigen.

3.1. Forderung – Zurückweisung

(8) „Klaus weist sudetendeutsche Forderungen zurück“ (Rudé Právo 12/1/1993)

Prag – Am Montag bezeichnete Premierminister Klaus die Forderung die sogenannten Beneš Dekrete zu annullieren, auf deren Basis die Sudetendeutschen nach dem Krieg ihr Eigentum verloren hatten und das tschechische Territorium verlassen mussten, ebenso als unakzeptabel für die tschechische Regierung wie die Forderung nach Kompensationen.

„Der Ausgangspunkt der Regierung ist, dass die Bedingungen, die nach dem Krieg in Übereinstimmung mit den Siegermächten geschaffen wurden und die sich in der Folge über fast fünfzig Jahre verfestigten, nicht geändert werden können, ohne die Grundrechte der derzeitigen Bürger der Tschechischen Republik zu stören, gesetzliche Sicherheiten zu erschüttern und im Endeffekt die politische Situation in der Tschechischen Republik schwer zu destabilisieren,“ sagte Premierminister Klaus in einer Stellungnahme, die er ČTK zur Verfügung stellte, zu einer Frage, die die Forderung des Vorsitzenden des Gründungskomitees der Demokratischen Partei des Sudetenlandes, J. Blümel, betraf. „Die Regierung ist durch gültige gesetzliche Normen gebunden, die in erster Linie die Restitutionsgesetze umfassen, sowie durch ihr eigenes Dekret vom Juni letzten Jahres, in dem sie garantierte, alle Änderungen der gesetzlich festgelegten Grenzen von Restitutionen zu verhindern. Die Schaffung einer Region ‚Sudetenland‘ wäre unter den gegenwärtigen Bedingungen völlig unnatürlich.“

Die Ansichten des Vorsitzenden des Gründungskomitees der Demokratischen Partei des Sudetenlandes, Jaroslav Blümel, sind für die Regierung der Tschechischen Republik unannehmbar, sagt der Premierminister.

(Hervorhebungen im Original, Kursiv durch die Verfasser)

Der in (8) wiedergegebene Artikel präsentiert sogar im Titel eine sequentielle Struktur: „Klaus weist sudetendeutsche Forderungen zurück“. Die Frage, die uns hier beschäftigt, ist, wie diese scheinbar einfache „Forderungs-/Zurückweisungs“-Interaktion hergestellt wurde. Der erste relevante Punkt dabei ist, dass es nicht nur eine Forderung gab, die zu einem bestimmten Zeitpunkt und an einem bestimmten Ort gestellt wurde. Vielmehr stellte Blümel die Forderung bei verschiedenen Gelegenheiten. Mit den beiden „sichtbarsten“ – einer Pressekonferenz der Demokratischen Partei des Sudetenlandes (DPS) und einer TV-Debatte, die fünf Tage danach stattfand – beschäftigten wir uns in Nekvapil / Leudar (1998) und Leudar / Nekvapil (1998). Die „Forderungen“, die bei diesen Gelegenheiten gestellt wurden, wurden vielfach in den Medien wiedergegeben, allerdings waren die Wiedergaben niemals wörtlich übereinstimmend. In unserer Terminologie war die „Forderung“, die an Klaus gerichtet wurde, distribuiert. Der Titel des Artikels in (8) präsentiert uns die Reaktion von Klaus – eine Zurückweisung. Allerdings war auch diese Zurückweisung kein singuläres, sondern ein vielfach wiedergegebenes Ereignis – sie wurde in einer Stellungnahme, die von der Tschechischen Nachrichtenagentur (ČTK) veröffentlicht wurde, geäußert und erschien, verbreitet durch diese Agentur, in tschechischen überregionalen Zeitungen. Es stellt sich also heraus, dass das Netzwerk eine distribuierte Forderungs-/Zurückweisungs-Sequenz beinhaltet, deren Teile multipliziert und zeitlich (über einige Tage hinweg) und räumlich getrennt sind, d.h. sie wurden an unterschiedlichen Orten geäußert (bei einer Pressekonferenz, in einem Fernsehstudio und in der *Rudé Právo* abgedruckt). Es gibt allerdings ein wichtiges Problem bei dieser Analyse. Auf wen genau reagiert Klaus, und zu wem spricht er? Der Artikel in (8) dokumentiert, dass Klaus tatsächlich nicht direkt auf Blümel und die DPS reagiert. Laut *Rudé Právo* gab Klaus gegenüber der Tschechischen Nachrichtenagentur eine Stellungnahme ab. Aber auf wessen Aufforderung hin? Das wird im Nachrichtenagenturtext klar, der in Beispiel (9) präsentiert wird.

(9) Die tschechische Nachrichtenagentur (ČTK) (11/1/1993, 22.06)

„...“ sagte Premierminister Klaus in einer schriftlichen Antwort an die Tschechisch und Mährisch-Schlesischen Landwirtschaftsnachrichten in Beantwortung einer Frage bezüglich der Forderungen der Demokratischen Partei des Sudetenlandes. Der Premierminister stellte die Antwort auch ČTK zur Verfügung.

Tatsächlich reagiert also Klaus auf eine Frage, die ihm eine andere Zeitung, die Tageszeitung *Tschechisch und Mährisch-Schlesische Landwirtschaftsnachrichten*, gestellt hatte. Aber es ist nicht notwendigerweise der Fall, dass er *nur* für diese Zeitung Stellung nahm (es handelt sich um keine wichtige Tageszeitung). Wie wir aus (8) und (9) sehen, stellte er seine Reaktion der tschechischen Nachrichtenagentur zur Verfügung. Auf diese Weise wies der Repräsentant der tsche-

chischen Regierung die „Meinungen“ der DPS zurück, ohne in eine direkte dialogische Beziehung mit ihr getreten zu sein. Klaus sprach nicht zur DPS, er kommentierte ihre „Meinungen“. Blümel und die DPS mussten die Kommentare in den Tageszeitungen lesen wie die meisten anderen Leute. Hätte Klaus die DPS zu direkten Gesprächen empfangen, dann hätte er dadurch ihren politischen Status anerkannt. Als Ergebnis dieses Vorgehens wurde die DPS nicht als akzeptabler Dialogpartner behandelt.

Die Interaktion zwischen der DPS und der tschechischen Regierung wurde in der Folge komplex vermittelt; für das Netzwerk relevant ist allerdings das, was wir als Forderungs-/Zurückweisungs-Sequenz dargestellt haben.

3.2. Aufforderung (zur Unterstützung) – Reaktion

Beispiele (10) und (11) zeigen eine Sequenz, die als „Aufforderung (zur Unterstützung) – Reaktion“ bezeichnet werden kann. In Beispiel (10) verteidigt der Stellvertretende Oberstaatsanwalt der Tschechischen Republik das Migrationsgesetz, das vom Büro des Oberstaatsanwalts vorgeschlagen worden war. Der erste Teil der Sequenz wurde in der TV-Debatte (vgl. Bsp. 10, Zeile 7) geäußert und, so weit wir wissen, nicht in den Zeitungen berichtet. Dennoch war die Sequenz als Ganzes distribuiert und die medial vermittelte Verbindung zwischen ihren beiden Teilen ist bemerkenswert, obwohl sie in den Medien ebenso verdeckt bleibt wie das Uhrwerk hinter dem Zifferblatt einer Armbanduhr.

(10) „Debatte. Aus der politischen Szene“ (Tschechisches Fernsehen 1, 10/1/1993)

- 1 Pat: Ich glaube und gehe von der Tatsache aus, dass die Spitzenexperten daran (an
 - 2 der Ausarbeitung des vorgeschlagenen Gesetzes)) teilnahmen ...
 - 3 es ((das vorgeschlagene Gesetz)) braucht nicht von einer speziellen Gruppe von
 - 4 Abgeordneten angenommen werden,
 - 5 es genügt, wenn sie es einfach als einen neuen Vorschlag aufnehmen, wir wollen
 - 6 einfach, dass es gelöst wird.
 - 7 *die Städte werden darin sicherlich mit uns übereinstimmen.*
- (Hervorhebungen durch die Verfasser)

(11) „Das vorgeschlagene Migrationsgesetz ist strenger als die Stadtverordnungen. Die Bürgermeister von ‚jirkov-ähnlichen‘ Städten reagieren auf den Vorschlag des Staatsanwaltsbüros“ (Mladá fronta Dnes 12/1/1993)

- 1 Nach Jirkov und Ústí nad Labem haben die Repräsentanten von Most „Jirkov“
- 2 Verordnungen erlassen. Gleichzeitig liegt dem tschechischen Parlament der
- 3 Vorschlag eines „Migrationsgesetzes“ des Oberstaatsanwalts Jiří Šetina vor. Er

- 4 weist die Stadtverordnungen als illegal zurück. *Was denken die Bürgermeister dieser Städte über das vorgeschlagene Gesetz?*
 5
 6 Der Bürgermeister von Ústí nad Labem, Lukáš Mašín: „[...]“
 7 Der Bürgermeister von Jirkov, Filip Škapa: „[...]“
 8 Der Bürgermeister von Most, Bořek Valvoda: „[...]“
 9 Abgesehen von einigen Vorbehalten, würden es alle drei Bürgermeister begrüßen,
 10 wenn das vorgeschlagene Gesetz angenommen werden würde. ... Einige
 11 Abgeordnete des tschechischen Parlaments brandmarkten den Gesetzesvorschlag
 12 und den Entwurf als rassistisch. „Ich lade alle Abgeordneten ein zu kommen und
 13 uns am kommenden Montag zu besuchen, um die Situation hier kennen zu lernen,
 14 über die sie entscheiden werden“ sagte der Bürgermeister von Jirkov, Filip Škapa.
 (Hervorhebungen durch die Verfasser)

Zeile 7 in (10) gibt einen indirekten Aufruf zur Unterstützung wieder, die auch gewährt wird, vgl. Zeile 6-8 in (11). Natürlich können wir auf der Basis der Lektüre des Artikels in (11) (von dem wir nur ungefähr ein Drittel wiedergeben) nicht mit Sicherheit wissen, wie der Journalist die Sequenz medial vermittelt hat. Trotzdem ist die Rolle des Journalisten bei der Aufrechterhaltung des dialogischen Netzwerks wichtig. Der Autor dieses Artikels hat offenbar die drei Stadtrepräsentanten kontaktiert und mit ihnen gesprochen – er zitiert ja aus ihren Antworten. Das zeigt wieder, dass Journalisten die sequentielle Entwicklung von dialogischen Netzwerken initiieren und koproduzieren können. „Die Städte“ mögen die ganze Zeit mit dem Oberstaatsanwalt übereingestimmt haben, aber diese Übereinstimmung wurde erst dadurch effektiv, dass sie durch den Journalisten öffentlich gemacht wurde.

Es gibt noch einen anderen wichtigen Punkt, der zu Beispiel (11) anzumerken ist. Eine Einladung zu einem Besuch (vgl. Zeile 12-14) ist der erste Teil einer Sequenz, auf den eine Annahme oder eine Zurückweisung folgen sollte. Die Medien haben nicht berichtet, ob die Abgeordneten die Einladung angenommen haben. Das heißt, was immer auch passierte, die Einladung Škapis führte nicht zur Entwicklung eines massenmedialen dialogischen Netzwerks. Dies zeigt, dass solche Netzwerke sich nicht in alle möglichen Richtungen entwickeln, sondern lokale Endpunkte haben. Wir wenden uns nun dieser speziellen Eigenschaft zu.

3.3. Appell – Reaktion (oder keine Reaktion)

In unserem Material haben wir viele Fälle von Appell-/Reaktions-Sequenzen gefunden. Eine davon wird in den Beispielen (12) und (13) wieder gegeben.

- (12) ‚Debatte. Aus der politischen Szene‘ (Tschechisches Fernsehen TV1, 10/1/1993)

Mod: nun Herr Šuman, wo sehen Sie die Schuld...

Šu: ... es gibt keine – es gibt keine einfache und schnelle Lösungen für dieses Problem. aber auf der anderen Seite sage ich, dass diese Situation, wie Sie sie beschreiben und wie wir sie kennen aus Nordböhmen sehr schnell gelöst werden muss, und aus meiner Sicht ist es notwendig an die Regierung in jene Richtung zu appellieren, die ich bereits vorgeschlagen habe.... (Hervorhebungen durch die Verfasser)

- (13) ‚Roma – Kriminalität wird von Regierung behandelt‘ (Mladá fronta Dnes, 12/1/1993)

Prag (jem) – Die Möglichkeit, dass sich die Regierung mit der gestiegenen Kriminalität im Norden der Tschechischen Republik beschäftigen wird, wurde gestern von der Direktorin des Legislativbüros der Regierung, Milena Poláková eingeräumt. ... Nach ihren Worten wird die Lösung wahrscheinlich die Zusammenarbeit der Ministerien für Justiz, Inneres und Wirtschaft erfordern ...

In der Zwischenzeit sagte Innenminister J. Ruml gestern, dass er, wenn die Regierung nicht in der Lage sein würde, sich mit der Situation zu beschäftigen, die Initiative selbst in die Hand nehmen würde.

Bis jetzt haben wir sequentielle Strukturen hauptsächlich als Mittel, die dialogische Netzwerke in Gang halten, behandelt. Allerdings sind die Expansionsmöglichkeiten dialogischer Netzwerke begrenzt, und selbstverständlich dauert kein Netzwerk für alle Zeiten an. Eine der Möglichkeiten, wie Netzwerke lokal enden können, ist, dass keine Reaktion auf den ersten Teil einer Sequenzstruktur erfolgt. Das bedeutet, dass es Teilnehmer gegeben hätte, die am dialogischen Netzwerk teilnehmen hätten können, es aber nicht getan haben. Welche Daten stützen eine solche Behauptung? Wie können wir überhaupt wissen, wer an einem Netzwerk hätte teilnehmen können und wer nicht? Der grundlegende Punkt dabei ist, dass einige Abwesenheiten (möglicher Teilnehmer, Anm. d. Übers.) für die Teilnehmer – zumindest für einige von ihnen – bemerkbar sind. Wenden wir uns dazu Beispiel (14) zu.

- (14) ‚Roma verlangen den Rücktritt des Oberstaatsanwalts‘ (Rudé Právo 11/1/1993) ((K. Samková)) sprach auch über Verhandlungen mit Václav Klaus Ende September und Anfang Oktober. Nach ihren Worten hielt der tschechische Premierminister nicht einmal eines der Versprechen, die er ihnen gemacht hatte ... ‚Wir betrachten das heutige Treffen mit Journalisten und unsere Erklärung auch als den letzten Appell an Herrn Klaus‘ sagte K. Samková.

Wie aus der Überschrift ersichtlich, ist dieser Text ein Ausschnitt aus einem Artikel, der eine Forderung, die die Roma Bürgerinitiative (ROI) in einer Presse-

konferenz erhoben hatte, präsentiert. Auf derselben Pressekonferenz beschuldigten die Repräsentanten der ROI den tschechischen Premierminister Václav Klaus, seine Versprechungen nicht einzuhalten und appellierten an ihn, dies zu tun.

Dieser Appell stellt den ersten Teil eines Nachbarschaftspaares dar. In einem normalen Gespräch würde man die Produktion des zweiten Teils erwarten und seine Abwesenheit könnte als Weigerung zu reagieren interpretiert werden. Klaus reagierte niemals öffentlich auf die Forderung der ROI-Repräsentanten. Kann man nun sagen, dass Klaus sich geweigert habe, in das Netzwerk einzutreten? Der Punkt hier ist, dass es, obwohl Sequentialität in Gesprächen und in dialogischen Netzwerken offenbar dieselben Strukturen aufweist, nicht klar ist, ob in beiden auch dieselben normativen Erwartungen vorhanden sind – wir haben bereits gesehen, dass einige Sequenzen in Netzwerken von Journalisten vermittelt werden, obwohl ihre Arbeit dem Durchschnittsleser verborgen bleibt. Darüber hinaus war es in den Netzwerken, die wir analysiert haben, nicht ungewöhnlich, dass die ersten Teile eines Nachbarschaftspaares erst „gehört“ wurden, nachdem sie vervielfältigt – d.h. oftmals und von verschiedenen Teilnehmern geäußert – worden waren (wie es in dem in (12) wiedergegebenen vervielfältigten Appell der Fall war). So ergriff die Regierung schließlich einige Maßnahmen in Reaktion auf den vervielfältigten Appell, obwohl Klaus (oder seine Regierung) niemals direkt auf den Appell der ROI Repräsentanten reagierte (und dies konnten einige Teilnehmer durchaus bemerken). Wie wir im anderen Netzwerk, das die sudetendeutschen Probleme betrifft, gesehen haben, interpretierten hier die Beteiligten selbst das „Schweigen“ von Václav Klaus dahingehend, dass es seine Entscheidung wieder spiegelte, die Demokratische Partei des Sudetenlandes nicht als angemessenen Verhandlungspartner für die Tschechische Regierung zu betrachten.

4. NETZWERKKOHÄSION

Sind Sequenzstrukturen der einzige Weg, um dialogische Netzwerke kohäsiv zu machen? Wie bereits klar geworden sein dürfte, ist dies nicht der Fall. Kohäsion kann auch durch die strategische Verwendung lexikalischer Ressourcen (vgl. Antaki / Leudar, 2001; Leudar / Thomas, 2000, Kap. 8) hergestellt werden. In Netzwerken, die in den tschechischen Medien während der 90er Jahre entstanden, bezeichneten zum Beispiel einige Teilnehmer, das, was den Sudetendeutschen während der Jahre 1946-1947 geschah, als „Aussiedlung“ (tschechisch ,odsun‘), andere als „Vertreibung“ (tschechisch ,vyhnání‘) (vgl. Bsp. 1). Im ‚Roma – Netzwerk‘, das teilweise in Leudar / Nekvapil (2000) präsentiert wur-

de, wählten einige Teilnehmer routinemäßig das Wort ‚Roma‘ (tschechisch ,Rom‘), andere verwendeten ‚Zigeuner‘ (tschechisch ,Cikán‘) – vgl. Beispiel (15), Zeile 11, 12.

(15) *Aréna* (Tschechisches Fernsehen 1 1995)

- 1 H1: Herr Abgeordneter.
 2 B: (.) Ich (.) Herr Vorsitzender, (.) habe für Sie ah: eine (.) nur eine Frage: bis 3. jetzt, (.) und ich glaube, dass wir diese hitzigen Auseinandersetzungen beenden
 4 sollten und zu den Sachfragen kommen sollten. (.) (für die, Anm. d. Über.) sich die
 5 Bürger interessieren und die mich persönlich auch interessieren, (.) wie beurteilen
 6 Sie tschechoslo- tschechische Bürger. (.) ob- sozusagen nach der
 7 Hautfarbe (.) nach anständigen Manieren oder nach der politischen (.) Meinung. (.)
 8 Wie beurteilen Sie diesen Bürger und welchen (Typ von Bürger) wählen sie
 9 einfach.
 10 S: Herr Abgeordneter, Sie sind der einzige Repräsentant der Zigeuner im
 11 Parla[ment,]
 12 B: [der Ro]ma
 13 Publikum: ((mehrere Leute lachen))

In beiden Fällen lokalisiert die Wortwahl den Teilnehmer auf einer bestimmten Seite der Debatte, sie wirkt als ‚kategoriengedundene Aktivität‘, so wie auch der wiederkehrende Gebrauch von Behauptungen und Argumenten. Im ‚Roma-Netzwerk‘, das hier detaillierter vorgestellt wurde, bestanden die diesbezüglichen Behauptungen einerseits darin, dass das vorgeschlagene Gesetz rassistisch wäre und andererseits, dass es eine außergewöhnliche Maßnahme zur Bewältigung einer außergewöhnlichen Situation wäre. In Beispiel (5), im Folgenden gekürzt und als (17) nummeriert, verwendet der Oberstaatsanwalt ziemlich genau das gleiche Argument, das sein Stellvertreter am Vortag verwendet hatte (ursprünglich Beispiel 3, jetzt 16).

(16) *Českomoravské zemědělské noviny* 6/1/1993

...Im Interview mit ČMZN wies der stellvertretende Oberstaatsanwalt J. Patočka die Ansicht zurück, dass der Gesetzesvorschlag im Widerspruch zur Menschenrechtsdeklaration stehe. ‚Der Einsatz außergewöhnlicher Maßnahmen während eines außergewöhnlichen Ereignisses ist üblich und die Menschenrechtsdeklaration erlaubt das‘, sagte er und nannte das Gesetz der ČR zur Feuerkontrolle als Beispiel.

(17) (*Lidové Noviny* 7/1/1993)

... Nach dem gestrigen Treffen zwischen dem Oberstaatsanwalt und Abgeordneten und dem Vorsitzenden des Abgeordnetenhauses verneinte J. Šetina, dass der Gesetzesentwurf als rassistisch bezeichnet werden könnte. M. Výborný andererseits zitier-

te einige Sätze aus dem Text, die nach seinen Worten Ausdruck von Rassenhass seien.

„Wir betrachten die Situation in Nordwestböhmen als explosiv, gefährlich und ich persönlich betrachte sie als außergewöhnlich“, sagte J. Šetina und fügte hinzu, dass der Gesetzesentwurf als eine Initiative intendiert war, die ein Arbeitsmodell des Gesetzes vorlegt. ...

Dialogische Netzwerke werden demnach nicht nur durch Sequenzstrukturen sondern auch durch die Verwendung lexikalischer und argumentativer Ressourcen zusammengehalten. Das ist allerdings noch nicht ausreichend. Denn diese Netzwerke sind keine „phatischen Kommunikationen“, die nur um der Kommunikation willen geführt werden, sondern sie sind durch historische, soziale und politische Probleme motiviert. Die kohäsiven Ressourcen können erst verwendet werden, wenn die Teilnehmer zuerst durch ein Problem, das einer Lösung bedarf, versammelt werden. Dieses Problem stellt ein Thema für das Netzwerk zur Verfügung und positioniert die Teilnehmer in einem gemeinsamen „argumentativen Raum“.

5. SCHLUSSFOLGERUNGEN

Dieser Beitrag beschäftigte sich mit Kommunikationsformen in den Medien, die wir als dialogische Netzwerke bezeichnen. Zentrale Eigenschaften dieser Netzwerke bestehen darin, dass die Beiträge einzelner Akteure zur Kommunikation in Zeit und Raum verteilt sind und die Beiträge zu einem Netzwerk vervielfältigt werden können. Diese Netzwerke sind immer thematisch und argumentativ kohärent, aber ihre Kohäsion wird in erster Linie durch Sequenzstrukturen hergestellt. Diese Strukturen entsprechen jenen, die in direkten Gesprächen gefunden werden können, haben aber einige unterscheidende Merkmale. Dazu zählen:

- (i) oft reagieren mehrere Akteure auf einen ersten Teil einer Sequenz,
- (ii) der zweite Teil einer Sequenz ist oft eine Reaktion auf mehrere Versionen des ersten Teils,
- (iii) die Verbindung zwischen den Teilen der Sequenz wird oft durch Journalisten vermittelt.

Wir haben das Konzept des „dialogischen Netzwerks“ zuerst anhand der Analyse britischer Medien entwickelt und es erst in der Folge in unseren tschechischen Studien angewandt. Das Vorhandensein solcher Netzwerke war dabei keineswegs eine von vornherein feststehende Annahme. Für uns war es vielmehr bemerkenswert, dass diese Netzwerke im tschechischen politischen Leben der frühen 90er Jahre auftraten. Man könnte hypothetisch annehmen, dass dialogische

Netzwerke charakteristisch für Gesellschaften sind, in denen öffentliche Partizipation und Debatte wichtige Bestandteile der politischen Kultur sind und dass das in der Tschechischen Republik erst nach 1989 in der Folge der radikalen politischen Umstrukturierung der Gesellschaft ermöglicht wurde.

LITERATUR:

- ANTAKI, Charles / LEUDAR, Ivan (2001): Recruiting the record: using opponents' exact words in Parliamentary argumentation. In: *Text* 21: 467–488.
- AUSTIN, John L. (1962): *How to do things with words*. Oxford: Clarendon Press.
- BECHTEL, William (1991): *Connectionism and the mind: an introduction to parallel processing in networks*. Oxford: Basil Blackwell.
- CLAYMAN, Steven / HERITAGE, John (2002): *The News Interview: Journalists and Public Figures on the Air*. Cambridge: Cambridge University Press.
- FISCHER Claude S. (1982): *To dwell among friends: personal networks in town and city*. Chicago: University of Chicago Press.
- GREATBATCH, David (1998): Conversation Analysis: Neutralism in British News Interviews. In: Allen Bell / Peter Garrett (Hrsg.): *Approaches to Media Discourse*. Blackwell: Oxford. 163–185.
- HOLLY, Werner (1995): Secondary orality in the electronic media. In: Uta M. Quasthoff (Hrsg.): *Aspects of oral communication*. Berlin / New York: de Gruyter. 340–363.
- HUTCHBY, Ian (1995): 'Aspects of recipient design in expert advice-giving on call-in radio.' In: *Discourse Processes* 19: 219–238.
- JAYYUSI, Lena (1991): The equivocal text and the objective world: An ethnomethodological analysis of a news report. In: *Continuum: The Australian Journal of Media & Culture* 5 (1) [Internet].
- KITTLER, Friedrich A. (1990): *Discourse networks 1800/1900*. Stanford: Stanford University Press.
- LAW, John. / HASSARD, John (1999): *Actor network theory and after*. Oxford: Blackwell.
- LEUDAR, Ivan (1998): Who is Martin McGuinness? On Contextualization of Reported Political Talk. In: Světlá Čmejrková / Jana Hoffmannová / Olga Müllerová, / Jindra Světlá (Hrsg.): *Dialoganalyse VI*. Teil 2. Tübingen: Max Niemeyer. 217–224.
- LEUDAR, Ivan / NEKVAPIL, Jiří (1998): On the Emergence of Political Identity in Czech Mass Media: The case of the Democratic Party of Sudetenland. *Czech Sociological Review* 6: 43–58.

- LEUDAR, Ivan / NEKVAPIL, Jiří (2000): Presentations of Romanies in the Czech media: on category work in television debates. In: *Discourse and Society* 11: 487-513.
- LEUDAR, Ivan. / THOMAS, Phillip (2000): *Voices of reason, voices of insanity*. London: Routledge.
- NEKVAPIL, Jiří (1996): Tschechische Medien und Mediensprache nach dem Regimewechsel. In: Krisztina Mánicke-Gyöngyösi (Hrg.): *Öffentliche Konfliktdiskurse um Restitution von Gerechtigkeit, politische Verantwortung und nationale Identität*. Frankfurt a. M. etc: Peter Lang. 93-118.
- NEKVAPIL, Jiří / LEUDAR, Ivan (1998): Masmediální utváření dialogických sítí a politické identity: případ Demokratické strany Sudety [Die Entstehung dialogischer Netzwerke in den Massenmedien und die politische Identität: Der Fall der Demokratischen Partei des Sudetenlandes]. *Slovo a Slovesnost* 59: 30-52.
- NEKVAPIL, Jiří / LEUDAR, Ivan (2002a): On dialogical networks: Arguments about the migration law in Czech mass media in 1993. In: Stephen Hester / William Housley (Hrg.): *Language, Interaction and National Identity*. Aldershot: Ashgate.
- NEKVAPIL, Jiří / LEUDAR, Ivan (2002b): Sekvenční struktury v mediálních dialogických sítích [Sequenzstrukturen in massenmedialen dialogischen Netzwerken]. In: *Sociologický časopis* 38: 483-500.
- NEKVAPIL, Jiří / LEUDAR, Ivan (in press): Sequencing in Media Dialogical Networks. In: David Francis / Stephen Hester (Hrg.): *Orders of Ordinary Action*. Aldershot: Ashgate.

(Übersetzung aus dem Englischen: Helmut Gruber)